

Deutschlands Wachstumschancen verbessern – Wettbewerbsfähigkeit sichern

7. Oktober 2015

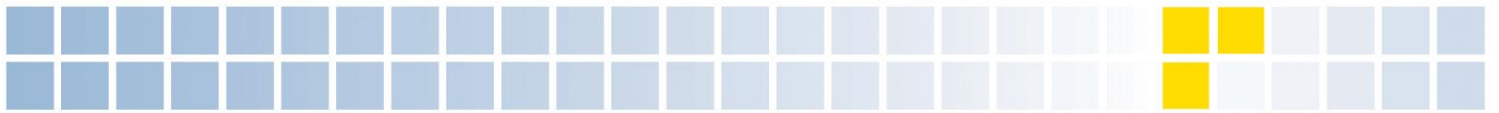
Zusammenfassung

Deutschland steht trotz der guten Konjunktur und der robusten Arbeitsmarktentwicklung vor strukturellen Herausforderungen, welche die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit und den gesellschaftlichen Wohlstand des Landes gefährden. Die Lohnstückkosten ziehen in jüngster Zeit zunehmend an und führen zu klaren Nachteilen für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Die demografische Entwicklung und die damit einhergehende Schrumpfung des Arbeitskräfteangebots wirken sich negativ auf Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft aus, indem sie: (1) den Fachkräftemangel verstärken, (2) negative Impulse für Investitionen in den Unternehmen setzen und (3) die Grundlage der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme verschlechtern. Zu geringe Innovationsdynamik und ein Investitionsstau stellen Wirtschaft und Beschäftigung zusätzlich vor große Herausforderungen. Dabei ist ein moderner Kapitalstock die Basis für Fortschritt, Produktivitätswachstum und Wohlstand. Diese strukturellen Schwächen müssen schnell angegangen werden, damit die deutsche Volkswirtschaft ihre im internationalen Wettbewerb hart erarbeitete starke Position nicht verliert und auch weiterhin eine Säule der wirtschaftlichen Erholung in Europa bleiben kann. Dafür sollte sich die Politik an klaren Leitlinien für mehr Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit orientieren. Diese beinhalten folgende zentralen Punkte:

- bessere Rahmenbedingungen für Investitionen schaffen, z. B. durch ein investitionsfreundliches Steuersystem und weniger Bürokratie
- Rahmenbedingungen für Innovationen verbessern, z. B. durch den Abbau büro-

kratischer Hürden und von Finanzierungshemmnissen für junge Unternehmen

- Digitalisierung vorantreiben, z. B. durch Breitbandnetzausbau
- den Abgabenkeil auf den Faktor Arbeit senken, z. B. durch Strukturreformen in den Sozialversicherungen und die Abschaffung der „kalten Progression“ in der Lohn- und Einkommensteuer
- ungenutzte Beschäftigungspotenziale heben, z. B. durch eine bessere Integration von geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen, höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren sowie die Öffnung des deutschen Arbeitsmarkts für qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland
- das Bildungssystem verbessern, z. B. durch die Förderung eines Qualifikationsmix aus beruflicher und akademischer Bildung.



Rückläufiger Produktivitätszuwachs gefährdet Wohlstand

Die deutsche Wirtschaft hat sich angesichts der jüngsten Krisen als bemerkenswert widerstandsfähig erwiesen. Während fast überall in Europa Arbeitsplätze abgebaut wurden, sank die Arbeitslosigkeit in Deutschland auf eines der niedrigsten Niveaus seit der Wiedervereinigung. Die Inlandsnachfrage ist mittlerweile zum wichtigsten Wachstumstreiber geworden. Deutsche Güter und Dienstleistungen sind ungebrochen gefragt auf dem Weltmarkt, die Exporte profitieren von der wiederanziehenden Nachfrage aus dem Euroraum, aber auch vom Abwärtsdruck auf den Wechselkurs, der von der expansiven Geldpolitik der EZB ausgeht.

Diese positive Situation darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Deutschland unter gravierenden Schwächen leidet, die sich langfristig in einem rückläufigen Wirtschaftswachstum widerspiegelt. So weist Deutschland eine signifikante Investitionsschwäche sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich auf. Im Jahr 2014 lagen die privaten Ausrüstungsinvestitionen noch etwa 7,5 % bzw. etwa 14,5 Mrd. € unter dem entsprechenden Wert von 2008. Zudem nahm die öffentliche Investitionsquote von 3,1 % im Jahr 1991 auf 2,2 % im Jahr 2014 ab. Investitionen sind aber das Fundament für Wachstum und Beschäftigung. Ein moderner Kapitalstock bildet zudem die Grundlage für technischen Fortschritt und Produktivitätswachstum.

Deutschlands Wirtschaftswachstum zeigt in der langfristigen Entwicklung eine deutlich rückläufige Dynamik. Betrug das jahresdurchschnittliche Wachstum zwischen 1999 und 2006 noch 1,5 %, so lag es zwischen 2007 und 2012 nur bei 1,1 %. Seitdem wächst das BIP in Deutschland jahresdurchschnittlich nur um 0,7 % (vgl. Abbildung 1).

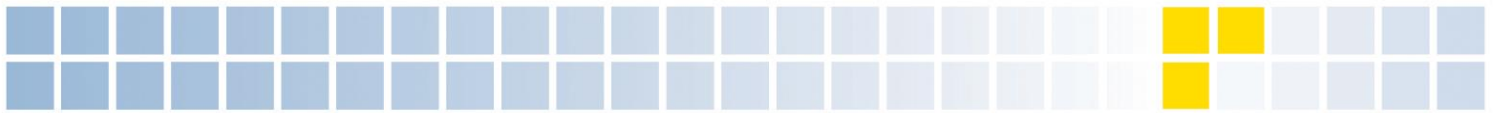
Ein zentrales Problem der Wachstumsschwäche in Deutschland ist der niedrige Produktivitätszuwachs – vor allem im Vergleich zu den USA. Die Arbeitsproduktivität

pro Stunde ist in Deutschland zwischen 1999 und 2014 jahresdurchschnittlich um 1,1 % gestiegen, in den USA waren es 1,8 % (vgl. Abbildung 2). Im Jahr 2014 erreichte die Arbeitsproduktivität pro Stunde 95 % des US-Niveaus. In Deutschland werden insbesondere die Chancen von Informations- und Kommunikationstechnologien noch nicht ausreichend genug genutzt (Ben Miller und Robert Atkinson, Raising European Productivity Growth Through ICT, ITIF, 2014).

Zudem weist Deutschland im Vergleich mit den USA geringe jahresdurchschnittliche Arbeitszeiten auf. Somit erreicht Deutschland bei der Arbeitsproduktivität pro Erwerbstätigen nur 74 % des US-Niveaus (Jahr 2014). Entsprechend verhalten fallen Vorhersagen zur zukünftigen Entwicklung aus: Nach Vorausberechnungen der OECD wird die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen in Deutschland bis zum Jahr 2050 jahresdurchschnittlich um rund 1,4 % steigen, das reale BIP nur um rund 0,8 % – vor allem wegen der demografischen Bevölkerungsalterung (vgl. Abbildung 3). Diese Wachstumsperspektiven sind für eine Industrienation wie Deutschland deutlich zu gering.

Denn um das hohe Wohlstandsniveau zu halten und zukünftige Herausforderungen, die sich aus dem demografischen Wandel ergeben, bewältigen zu können, braucht Deutschland dringend ein stärkeres Produktivitätswachstum. Dies ist der entscheidende Hebel für jeglichen gesellschaftlichen und ökonomischen Fortschritt, der wiederum zum nachhaltigen Produktivitätswachstum beiträgt.

Trotz dieser zentralen Rolle des Produktivitätswachstums für die langfristige wirtschaftliche Entwicklung einer Volkswirtschaft, wird es in der Wirtschaftspolitik noch nicht ausreichend adressiert – ein Versäumnis, das sich langfristig negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auswirken wird, wenn nicht gegengesteuert wird.



Gefahren für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit

Aktuell verfügt die deutsche Wirtschaft über eine hohe Wettbewerbsfähigkeit, die sich in deutlichen Exporterfolgen niederschlägt. So hat Deutschland das Volumen seiner exportierten Waren und Dienstleistungen zwischen 1999 und 2014 mehr als verdoppelt (vgl. Abbildung 4).

Im Wettbewerbsfähigkeitsranking des Weltwirtschaftsforums belegt Deutschland Platz vier, hinter der Schweiz, Singapur und den USA. Die deutschen Unternehmen haben sich in vielen Bereichen mit qualitativ hochwertigen Produkten und Präsenz auf Wachstumsmärkten sowie Serviceorientierung, Innovation und Flexibilität wichtige Marktpositionen verschafft. Diese müssen aber ständig neu erarbeitet und verteidigt werden.

Gefahren für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit gehen von verschiedenen Seiten aus – kritisch sind u. a. die Lohnstückkostenentwicklung und der demografische Wandel. Hierdurch werden Wirtschaft und Beschäftigung vor große Herausforderungen gestellt.

Produktivität und Lohnstückkosten

Die Produkte deutscher Unternehmen sind international vor allem aufgrund ihrer hohen Qualität sehr gefragt. Dennoch können sich Deutschlands Unternehmen selbstverständlich nicht dem Preiswettbewerb entziehen. Die Lohnstückkosten, also das Verhältnis von Arbeitskosten und Produktivität, haben eine hohe Bedeutung für die Konkurrenzfähigkeit eines Landes. Die zeitliche Entwicklung der Lohnstückkosten gibt Aufschluss darüber, wie sich die Wettbewerbsposition im Zeitverlauf verändert. Je stärker die Lohnstückkosten im Vergleich mit anderen Ländern steigen, desto mehr sinkt die Wettbewerbsfähigkeit.

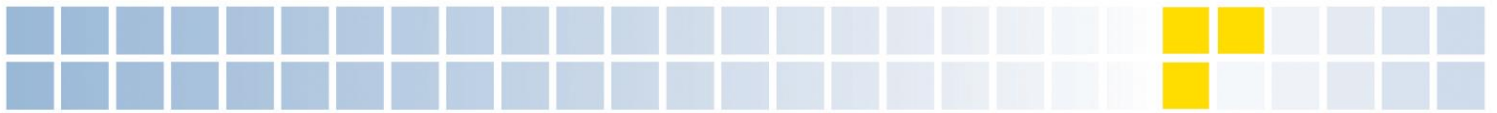
Die realen Lohnstückkosten sind in Deutschland nach der Einführung des Euro und insbesondere zwischen 2004 und 2007 lang-

samer gestiegen als in vielen anderen Ländern der Eurozone (vgl. Abbildung 5). Damit hat Deutschland auch in dieser Hinsicht – neben dem Umstand einer exportorientierten Unternehmensstruktur – an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen. Begründet war diese Lohnstückkostenentwicklung jedoch nicht in einem hohen Produktivitätswachstum, sondern in der moderaten, produktivitätsorientierten Nominallohnentwicklung, die vor dem Hintergrund der hohen Arbeitslosigkeit mit rd. 5 Mio. Arbeitslosen und der schwachen konjunkturellen Entwicklung Anfang des neuen Jahrhunderts erfolgte.

Seit 2007 sind die realen Lohnstückkosten in Deutschland dann aber schneller gestiegen als vielerorts, zunächst wegen der Kurzarbeiterregelung, später aufgrund der kräftigen Lohnzuwächse in Folge der stabilen wirtschaftlichen Entwicklung. Das deutsche Produktivitätsniveau reicht jedoch vielfach nicht mehr aus, um den Wettbewerbsnachteil der hohen Arbeitskosten aufzufangen (vgl. Abbildung 6). Die Arbeitskosten in Deutschland sind im europäischen Vergleich überdurchschnittlich hoch. Durchschnittlich rund 32 € mussten Arbeitgeber in der deutschen gewerblichen Wirtschaft im Jahr 2014 für eine geleistete Arbeitsstunde zahlen. Damit war eine Arbeitsstunde in Deutschland um rund ein Drittel (30 %) teurer als im EU-Durchschnitt. Eine Verfestigung des Trends steigender Lohnstückkosten wird auf Dauer zu Einbußen bei der preislichen Wettbewerbsfähigkeit führen.

Demografischer Wandel und ungenutzte Beschäftigungspotenziale

Die Bevölkerung im Erwerbsalter wird von Schrumpfung und Alterung stark betroffen sein. Gehörten im Jahr 2013 noch über 49 Millionen Menschen der Altersgruppe 20 bis 64 Jahre an, wird die Zahl bis 2060 voraussichtlich auf 34 Mio. deutlich zurückgehen. Das entspricht einem Rückgang von 30 % (13. Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts). Allein die ungünstigen demografischen Entwicklungen in Deutschland dürften somit zu einem Rück-



gang des Potenzialwachstums auf etwa 1 % pro Jahr führen. Damit hätte Deutschland eine der geringsten Potenzialwachstumsraten im Euroraum (Quelle: EU-KOM).

Ein geringes Wachstum gefährdet jedoch die Finanzierungsgrundlage insbesondere der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung. Andererseits erhöht sich als Folge der demografischen Alterung der Ausgabendruck auf diese Systeme der sozialen Sicherung. Eine Anhebung der Beitragssätze wäre allerdings verfehlt, da dies eine zusätzliche Steigerung der Arbeitskosten bedeuten würde, die zu Lasten von Beschäftigung ginge. Die jüngsten Rentenreformen (Rente mit 63 und Mütterrente) haben die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Finanzierbarkeit der gesetzlichen Rentenversicherung zusätzlich verschärft.

Zudem trägt die Rente mit 63 jetzt schon zum Fachkräftemangel bei: Durch die abschlagsfreie Rente ab 63 sind den deutschen Unternehmen bereits im ersten Jahr nach Inkrafttreten rund 100.000 Arbeitskräfte vorzeitig verlorengegangen. Für Innovationen und Produktivitätssteigerungen sind aber gut ausgebildete Fachkräfte notwendig. So gehören Fachkräftemangel und Mängel im deutschen Bildungssystem laut Bericht des Weltwirtschaftsforums zu den wichtigsten Hürden für den Erfolg der Wirtschaft.

Um dem sich bereits abzeichnenden Fachkräftemangel entgegenzutreten, ist Deutschland einerseits auf qualifizierte Zuwanderung angewiesen. Andererseits müssen auch inländische Beschäftigungspotenziale auf dem Arbeitsmarkt besser genutzt werden. Insbesondere bei Langzeitarbeitslosen und Geringqualifizierten, Frauen und Älteren ist eine stärkere Erwerbsbeteiligung möglich.

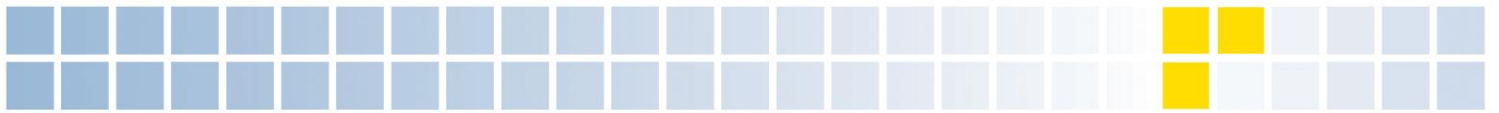
Was ist zu tun? Strukturelle Probleme angehen, Wachstumsquellen breiter aufstellen

Diese oben skizzierten strukturellen Schwächen gilt es konsequent zu beheben, damit die deutsche Wirtschaft ihre im internationa-

len Wettbewerb hart erarbeitete starke Position nicht verliert und auch weiterhin eine Säule der wirtschaftlichen Erholung in Europa bleiben kann. Dafür sollte sich die Politik an klaren Leitlinien für mehr Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit orientieren:

Differenzierte, flexible und produktivitätsorientierte Tarifpolitik beibehalten:

- Der tarifpolitische Modernisierungskurs der jüngeren Vergangenheit, der geprägt war durch branchendifferenzierte Tariflohnabschlüsse mit moderaten Lohnerhöhungen und mehr betrieblichen Flexibilitätsspielräumen, hat maßgeblich zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Arbeitsplatzsicherheit in Deutschland beigetragen. Er war nach Ansicht führender Wirtschaftsforschungsinstitute zudem ein wesentlicher Grund dafür, dass Deutschland die Wirtschaftskrise in 2008/2009 besser gemeistert hat als viele seiner europäischen Nachbarn. Eine differenzierte, flexible und produktivitätsorientierte Tarifpolitik muss Maßstab für die Zukunft sein.
- Der Produktivitätsanstieg ist der Maßstab für eine Lohnentwicklung, die die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erhält und damit zur Sicherung von Beschäftigung am Standort Deutschland beiträgt. Neben der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sind vor allem die konjunkturellen Aussichten der einzelnen Branchen Richtschnur für Tariflohnabschlüsse. Die oftmals überaus unterschiedlichen Situationen in den einzelnen Wirtschaftszweigen bedingen daher eine große Differenziertheit der Tariflohnanstiege in den Branchen. Diese Branchendifferenziertheit muss auch in künftigen Tarifrunden berücksichtigt werden. Eine Rückkehr zu einem lohnpolitischen Geleitzug, bei dem der erste große Tarifabschluss eines Jahres Signalcharakter für alle anderen Branchen hat, darf es nicht geben.



Bessere Rahmenbedingungen für Investitionen schaffen:

- Um Deutschland wieder auf einen höheren Wachstumspfad zu bringen und die Produktivität zu steigern, muss in Deutschland wieder mehr investiert werden. Um private Investitionen anzukurbeln, müssen adäquate Rahmenbedingungen geschaffen werden. Deutschland braucht eine verlässliche und unternehmensfreundliche Wirtschaftspolitik.
- Dazu gehört ein investitionsfreundliches und international wettbewerbsfähiges Steuersystem. Steuerpolitische Strukturreformen stärken die Investitionstätigkeit, wenn belastende Regelungen der Substanzbesteuerung abgeschafft werden (z. B. bei gewerbesteuerlichen Hinzu-rechnungen), Anreizstrukturen praxisgerecht ausgestaltet werden (z. B. Vereinfachung der Thesaurierungsbegünstigung für Personenunternehmen) und Steuerbürokratie abgebaut wird (z. B. beim Lohnsteuerabzug). Erforderlich ist vor allem auch eine unternehmensfreundliche Neuregelung der Erbschaftsteuer. Es kommt hierbei auf den Schutz von Arbeitsplätzen und die Bewahrung der mittelständischen und familiengeprägten Unternehmensstrukturen in Deutschland an. Die Erbschaftsteuer darf die Investitionstätigkeit wie auch die Existenz produktiver und Arbeitsplätze schaffender Unternehmen nicht gefährden. Zur Planungssicherheit unternehmerischer Investitionen gehört auch, dass die Politik Steuererhöhungen zulasten von Unternehmen und Arbeitsplätzen eine klare und verbindliche Absage erteilt.
- Bürokratische Lasten sind nach wie vor eines der maßgeblichen Hindernisse für mehr Wettbewerbsfähigkeit und größere Innovationspotenziale. Erforderlich ist daher sowohl ein Belastungsstopp als auch eine spürbare Bürokratiereduzierung. Deshalb sollte nicht nur die neu eingeführte "One in, one out"-Regel konsequent umgesetzt werden, sondern

auch weitergehende Maßnahmen ergriffen – wie z. B. der Ersatz von Arbeitgeberbescheinigungen durch die standardisierte Entgeltbescheinigung sowie eine Verkürzung der steuerlichen Aufbewahrungsfristen.

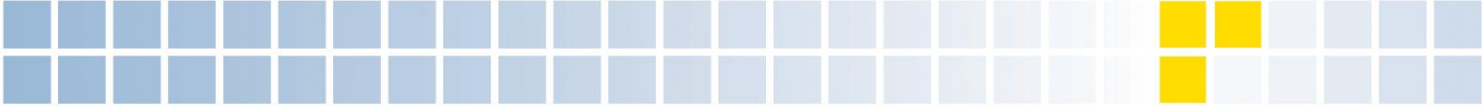
- Begleitend müssen aber auch mehr öffentliche Investitionen in die Infrastruktur fließen. Das Investitionspaket der Bundesregierung (10 Mrd. € für die Jahre 2016 bis 2018) reicht bei weitem nicht aus, um den Erhalt und die Entwicklung der Infrastruktur zu gewährleisten.

Abgabenkeil auf den Faktor Arbeit senken:

- Arbeitskosten haben einen hohen Einfluss auf die Attraktivität eines Landes als Standort für Unternehmen und bestimmen die Rentabilität von Investitionen entscheidend mit. Kaum ein anderes Land belastet aber den Faktor Arbeit so hoch mit Abgaben wie Deutschland (OECD): Fast die Hälfte der Arbeitskosten des Arbeitgebers gehen beispielsweise bei einem alleinstehenden Durchschnittsverdiener an das Finanzamt und die Sozialversicherungen. Dabei resultiert mehr als zwei Drittel dieser Belastung aus den Sozialversicherungsbeiträgen.
- Sinnvoll wäre insbesondere, die Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung vom Arbeitsverhältnis zu entkoppeln. In der Lohn- und Einkommenssteuer sollten leistungsfeindliche, heimliche Steuererhöhungen der „kalten Progression“ durch regelmäßige Anpassungen des Einkommensteuertarifs an die Inflationsentwicklung ausgeschlossen werden.

Bildungssystem verbessern:

- In einer Wissensgesellschaft ist Bildung und die Verfügbarkeit von qualifizierten Fachkräften zentraler Wachstumsmotor



und entscheidend für die langfristige Produktivitätsentwicklung und den technischen Fortschritt. Um das Fachkräftepotenzial insgesamt zu erhöhen, ist eine stärkere, breitere und bessere Ausbildung auf allen Ebenen nötig. Denn noch immer liegt der Anteil der Schulabbrecher bei 5,2 % (2013, Destatis) und sind fast 20 % der jungen Menschen nicht ausbildungsreif (PISA 2012). Nur durch eine bessere Schulqualität und vor allem eine individuelle Förderung kann die Zahl der leistungsschwächeren Schüler gesenkt werden. Die Berufs- und Studienorientierung muss systematisch in der Sekundarstufe I und II verankert werden, insbesondere auch in den Schulen, die zur Hochschulreife führen.

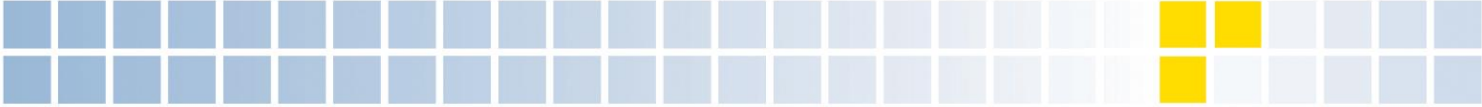
- Besonders bedeutsam ist, dass der vermittelte Bildungsstandard den Herausforderungen moderner Hochtechnologien genügt, da dies Grundlage für eine Steigerung der Produktivität ist. Hierfür ist ein Qualifikationsmix aus beruflicher und akademischer Bildung notwendig. Die Unternehmen brauchen Absolventen aus der betrieblichen Ausbildung ebenso wie aus der Hochschule – Facharbeiter und Akademiker. Im Bereich der dualen Ausbildung müssen Förderinstrumente für leistungsschwächere Jugendliche wie die Einstiegsqualifizierung, die assistierte Ausbildung und ausbildungsbegleitende Hilfen weiter gestärkt werden. Auch muss die Modernisierung der Ausbildungsberufe konsequent fortgesetzt werden, damit diese dem aktuellen Bedarf der Praxis und damit dem technologischen Fortschritt entsprechen.
- In den Hochschulen sind die nach wie vor hohen Abbruchquoten, insbesondere in den MINT-Studiengängen von bis zu 50 %, ein erhebliches Problem. Darüber hinaus gilt es, eine bessere Verzahnung zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung zu erreichen wie z. B. durch den Ausbau dualer Studienangebote.

Rahmenbedingungen für Innovationen verbessern:

- Um die Innovationskraft in Deutschland zu stärken, sind die Bedingungen für Unternehmensgründungen zu verbessern. Gerade junge Unternehmen leisten einen wichtigen Beitrag zur Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Dies kann und sollte noch weiter verbessert werden. Die Bundesregierung muss bürokratische Hürden für Unternehmensgründungen abbauen. Gerade innovative und wachstumsstarke Start-ups benötigen ausreichendes Beteiligungs- und Wagniskapital. Bestehende Finanzierungshemmnisse sind durch bessere Rahmenbedingungen zu beseitigen – dies schließt eine bessere Übertragbarkeit von Verlustvorträgen ebenso ein wie die Beibehaltung der Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen bei Streubesitzbeteiligungen.
- Innovationspolitik sollte sich stärker an dem Ziel ausrichten, ausländische Investitionen in Forschung und Entwicklung in Deutschland zu erleichtern und den Abfluss von Know-how zu verhindern. Um Innovationen zu fördern braucht Deutschland zudem eine innovationsfreundliche Kultur, die auch Misserfolge akzeptiert.

Digitalisierung vorantreiben:

- Zielführend für produktivitätssteigernde Innovationen erscheinen vor allem eine verstärkte Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien sowie die Digitalisierung klassischer Wirtschaftszweige. Wichtige Themen hierbei sind die Vernetzung der Produktion (Industrie 4.0) sowie die systematische Digitalisierung in den Sektoren Energie, Gesundheit, Bildung, Verkehr und Verwaltung. Um auch in diesen Bereichen wettbewerbsfähiger zu werden, muss der Breitbandnetzausbau noch mehr vorangetrieben werden. Gerade kleinen und mittleren Unternehmen abseits der



Ballungszentren steht häufig noch keine ausreichende Infrastruktur mit Blick auf Informations- und Kommunikationstechnologie zur Verfügung.

- Die Digitalisierung fördert Spezialisierung und Arbeitsteilung. Die Bedeutung von (industrienahen) Dienstleistungen und von Werk- und Dienstverträgen wird daher wie damit im Zusammenhang stehende Geschäftsmodelle zunehmen. Eine weitere Regulierung dieser etablierten Vertragsformen würde eine erfolgreiche Digitalisierung erschweren. Ebenso bedarf es zusätzlicher Spielräume bei der Arbeitszeit. Anstelle der im Arbeitszeitgesetz festgeschriebenen täglichen Höchstarbeitszeit sollte eine wöchentliche Höchstarbeitszeit treten. Dies würde Flexibilisierungsbedürfnissen von Beschäftigten wie Unternehmen zugutekommen.
- Um den Wandel zur Industrie 4.0 und zur Gesellschaft 4.0 erfolgreich zu meistern, müssen bei den Beschäftigten die entsprechenden Fähigkeiten vorhanden sein. Das bedeutet: bessere Bildung und lebenslanges Lernen. Hier besteht erheblicher Qualifizierungs- und Anpassungsbedarf auf allen Stufen des Bildungssystems.

Ungenutzte Beschäftigungspotenziale heben:

- **Integration von Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen:**

Die Beschäftigungsperspektiven von Geringqualifizierten sind weiterhin deutlich schlechter als die von qualifizierten Fachkräften. Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) ist die Arbeitslosenquote bei Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung mit 20,0 % (im Jahr 2013 fast viermal so hoch, wie bei Menschen mit Berufsabschluss und rund achtmal so hoch wie bei Akademikern. Deshalb müssen vor allem die Anstrengungen zur abschlussorientierten Qualifizierung fort-

gesetzt werden. Die mittel- bis langfristig erfolgreichste Strategie ist es, durch qualitativ hochwertige Bildung – von der frühkindlichen Bildung an – die Anzahl der Geringqualifizierten zu minimieren, die in den Arbeitsmarkt eintreten. Bildungswege müssen flexibler gestaltet werden. Teilqualifikationen sind ein gutes Instrument, um Bildungswege flexibel zu gestalten. In Form von Ausbildungsbausteinen können sie Menschen, die keine abgeschlossene Berufsausbildung haben, Schritt für Schritt zum Ausbildungsabschluss führen. Dies ist gerade auch für Menschen attraktiv, die z. B. aufgrund von Familienverantwortung keine vollständige Ausbildung am Stück absolvieren können.

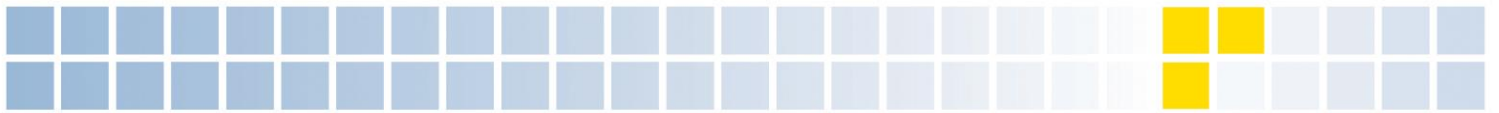
Flexible Beschäftigungsformen wie die Zeitarbeit erleichtern Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen den (Wieder-)Einstieg in Beschäftigung. Gerade für sie wäre eine Verschärfung der Regulierung in der Zeitarbeit schädlich, würde ihre Beschäftigungsperspektiven beeinträchtigen und muss somit verhindert werden.

- **Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen:**

Auch wenn die Erwerbstätigenquote von Frauen (20- bis 64-Jährige) zwischen 2000 und 2014 von 61 % auf über 73 % gestiegen ist (Eurostat, 2015), gehen über 45 % der Frauen nur einer Teilzeitarbeit nach (Eurostat, Stand 2014).

Damit Frauen eine Vollzeit- oder vollzeitnahe Beschäftigung besser ermöglicht wird, sollte insbesondere der Ausbau von bedarfsgerechten qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganztagsschulangeboten weiter vorangebracht werden.

Nach wie vor bestehen falsche Anreize im Steuer- und Sozialversicherungsrecht, so dass in der Regel die Frauen öfter und länger ihre Erwerbstätigkeit un-



terbrechen und anschließend oftmals nur in geringem Umfang in Teilzeit zurückkehren. Beispiele dafür sind die Ehegattenbesteuerung sowie die beitragsfreie Mitversicherung von Ehegatten in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung. Allein durch die beitragsfreie Mitversicherung und das Ehegattensplitting bleiben insgesamt 447.000 Frauen dem Arbeitsmarkt fern (ZEW, 2013). Mit einer verfassungskonformen Reform des Ehegattensplittings lassen sich somit positive Beschäftigungseffekte erzielen. Hierzu sollte die Steuerklasse V, die eine Erwerbstätigkeit als nicht lohnend erscheinen lässt, abgeschafft werden.

- **Steigerung der Erwerbsbeteiligung Älterer:**

Mit dem demografischen Wandel sinkt nicht nur die Zahl potenzieller Fachkräfte insgesamt, sondern steigt auch ihr Durchschnittsalter. Die Unternehmen sind daher künftig noch stärker darauf angewiesen, die Kompetenzen und Potenziale älterer Arbeitnehmer konsequent zu nutzen und diese so lange wie möglich in Beschäftigung zu halten. Körperlich und geistig ist die überwiegende Mehrheit der Erwerbstätigen zu einer „Rente mit 67“ in der Lage: Fast 90 % der über 50-Jährigen bewerten ihre mentale Arbeitsfähigkeit gut oder sehr gut (DRV 2013).

Mit der abschlagsfreien Rente ab 63 werden in der Beschäftigungspolitik die Weichen falsch gestellt. Deutschland kann sich angesichts des demografischen Wandels keine neue Frühverrentungspolitik leisten. Im Gegenteil: Ältere Arbeitnehmer werden mehr denn je gebraucht, um unseren Wohlstand zu erwirtschaften.

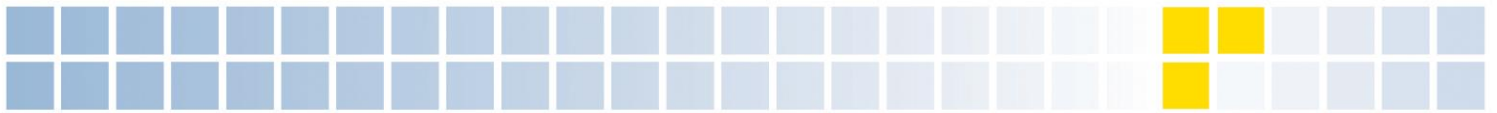
Erforderlich sind daher Maßnahmen, um einen längeren Verbleib im Erwerbsleben attraktiver zu machen. Die vom Bundestag im Rahmen des „RV-Leistungsverbesserungsgesetzes“ er-

leichterte Beschäftigung von Arbeitnehmern nach Erreichen der Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung („Flexi-Rente“) ist hierbei ein substantieller Fortschritt, der zu mehr Beschäftigung bei der zunehmenden Zahl von Arbeitnehmern führen wird, die auch im Alter noch arbeiten können und wollen. Um Beschäftigung nach Erreichen der Regelaltersgrenze weiter auszubauen, sollte die „Flexi-Rente“ dadurch ergänzt werden, dass Arbeitnehmer, die bereits aus dem Arbeitsleben ausgeschieden sind, erneut eine zeitlich begrenzte Beschäftigung bei ihrem alten Arbeitgeber eingehen können.

- **Zuwanderung von ausländischen Fachkräften:**

Im Hinblick auf den demografischen Wandel und den sich bereits abzeichnenden Fachkräftemangel ist die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte für eine Erhöhung des Produktionspotenzials unerlässlich. Die bisherigen Reformen des Zuwanderungsrechts und die Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für qualifizierte Fachkräfte, die die Bundesregierung in den letzten Jahren umgesetzt hat, sind daher zu begrüßen.

Bedingt durch die Finanz- und Wirtschaftskrise sind in den vergangenen Jahren insbesondere Menschen aus anderen EU-Staaten zu uns gekommen. Allerdings wird dieser Zufluss an Fachkräften mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in den Herkunftsländern in absehbarer Zeit schwächer werden. Daher müssen verstärkte Anstrengungen unternommen werden, um aus dem außereuropäischen Ausland qualifizierte Fachkräfte für Deutschland zu gewinnen. Dazu sollten vor allem die Möglichkeiten der Arbeitsmarktzuwanderung für Fachkräfte auch ohne vorherige Arbeitsplatzzusage verbessert und als „Talent Card“ im Sinne eines Zuwanderungsmarketings bekannter gemacht werden.



Auch unter den zahlreichen Menschen, die derzeit vor Krieg und Verfolgung nach Deutschland flüchten sind einige, die gesuchte Qualifikationen mit sich bringen. Besonders Flüchtlingen mit einer hohen Bleibeperspektive sollte der deutsche Arbeits- und Ausbildungsmarkt schnell und unkompliziert geöffnet werden, damit sie selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen können. Gleichzeitig könn-

ten sie so einen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten. Grundvoraussetzung dafür ist ein rascher Zugang zu Sprachkursen.

BDA | DIE ARBEITGEBER

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Volkswirtschaft | Finanzen | Steuern

T +49 30 2033-1950

volkswirtschaft@arbeitgeber.de

Die BDA ist die sozialpolitische Spitzenorganisation der gesamten deutschen gewerblichen Wirtschaft. Sie vertritt die Interessen kleiner, mittelständischer und großer Unternehmen aus allen Branchen in allen Fragen der Sozial- und Tarifpolitik, des Arbeitsrechts, der Arbeitsmarktpolitik sowie der Bildung. Die BDA setzt sich auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene für die Interessen von einer Mio. Betrieben mit ca. 20 Mio. Beschäftigten ein, die der BDA durch freiwillige Mitgliedschaft in Arbeitgeberverbänden verbunden sind. Die Arbeitgeberverbände sind in den der BDA unmittelbar angeschlossenen 51 bundesweiten Branchenorganisationen und 14 Landesvereinigungen organisiert.

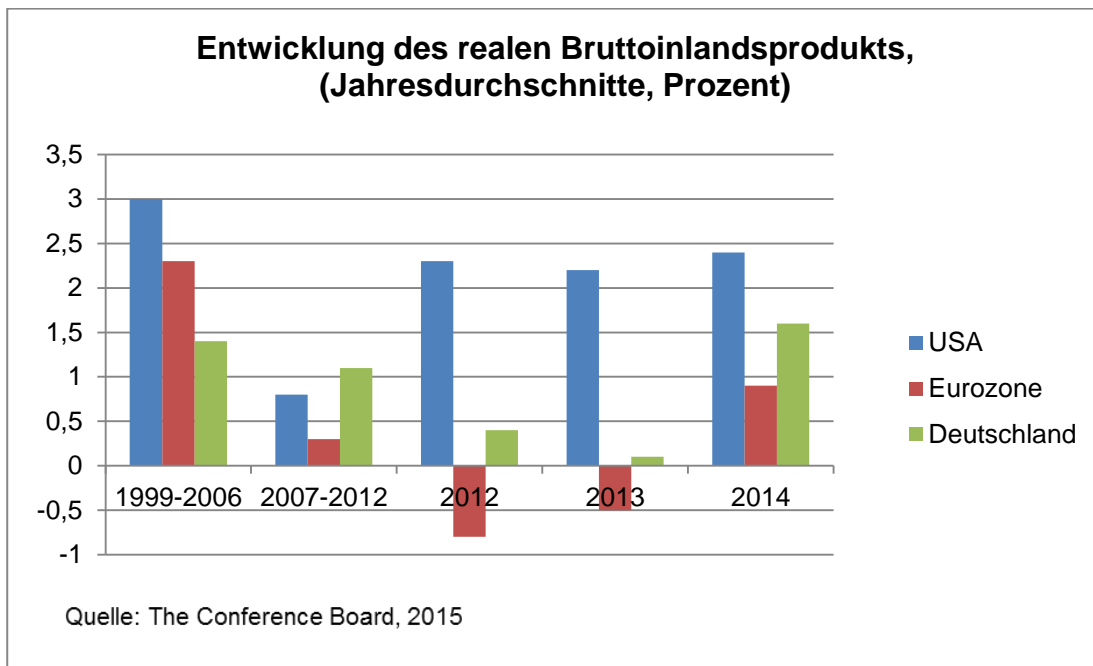


Abbildung 1 Wachstumsschwächen im Vergleich zu den USA deutlich sichtbar

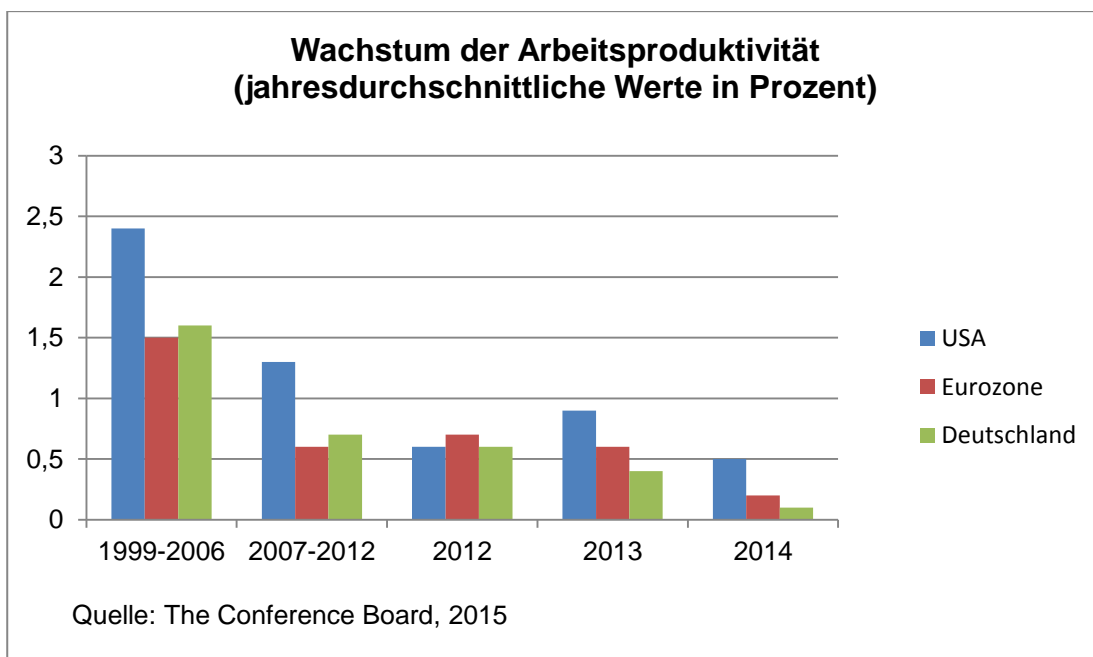


Abbildung 2 Deutschland hinkt bei der Arbeitsproduktivität den USA hinterher

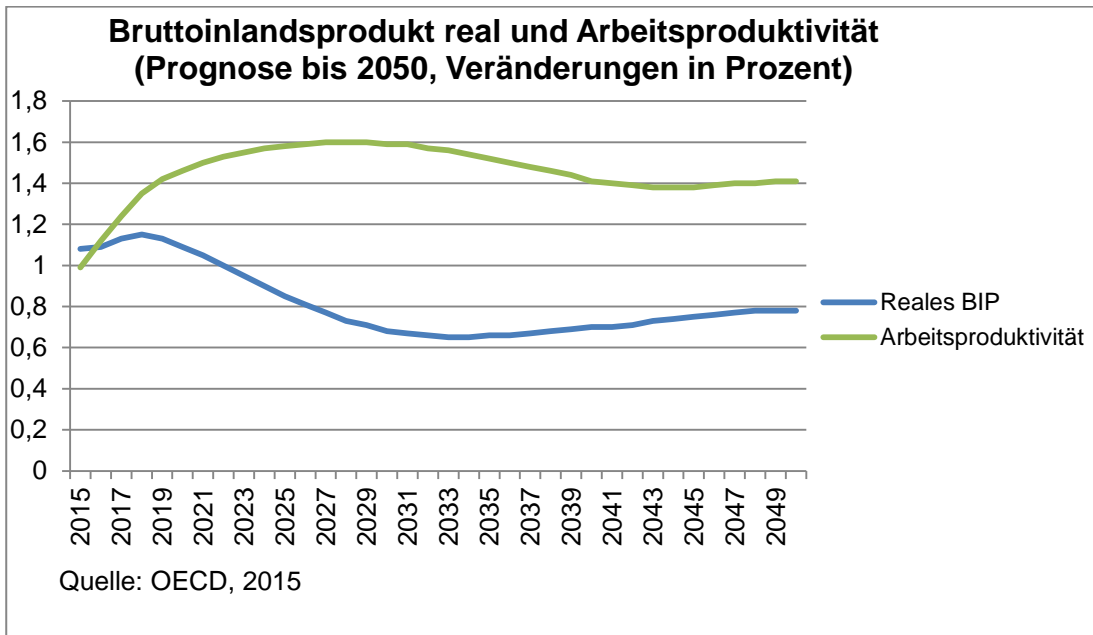


Abbildung 3 Langfristige Wachstumserwartungen sind gedämpft

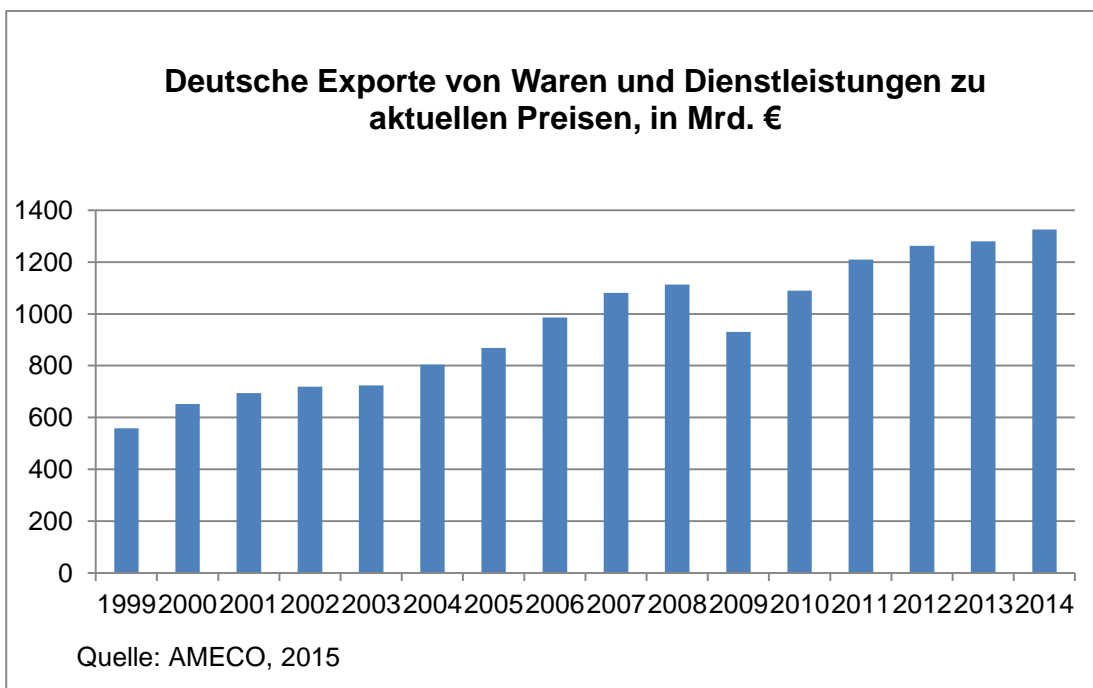


Abbildung 4 Weltweite Nachfrage nach deutschen Waren und Dienstleistungen steigt weiter

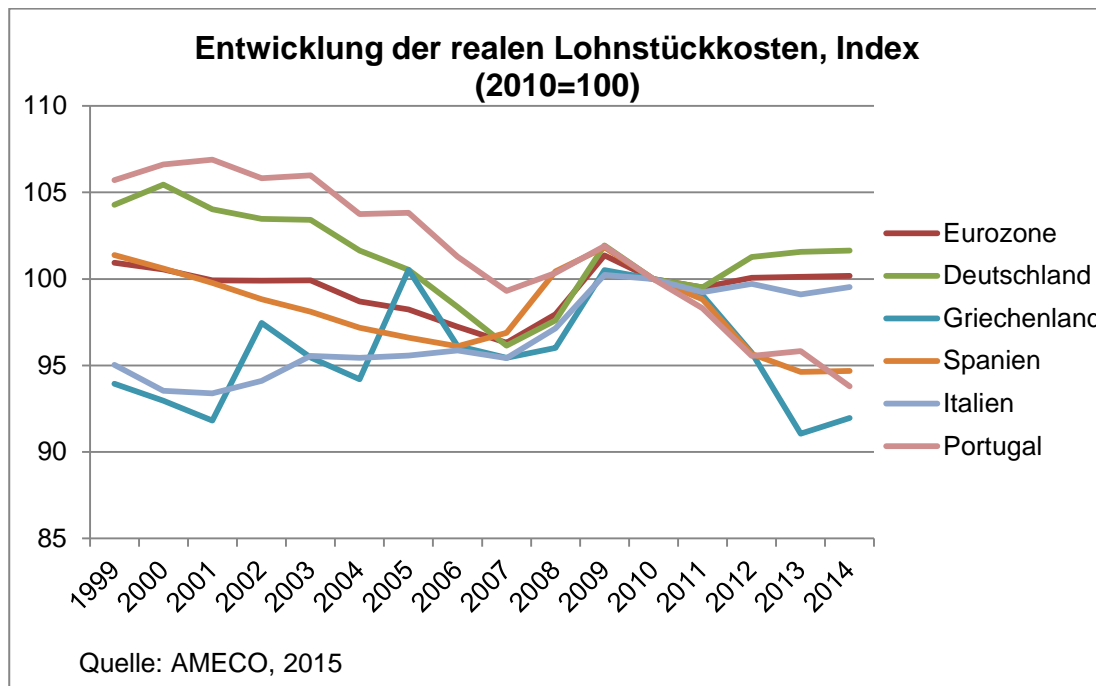


Abbildung 5 Mehrheit der südlichen Eurostaaten holen bei der preislichen Wettbewerbsfähigkeit wieder auf

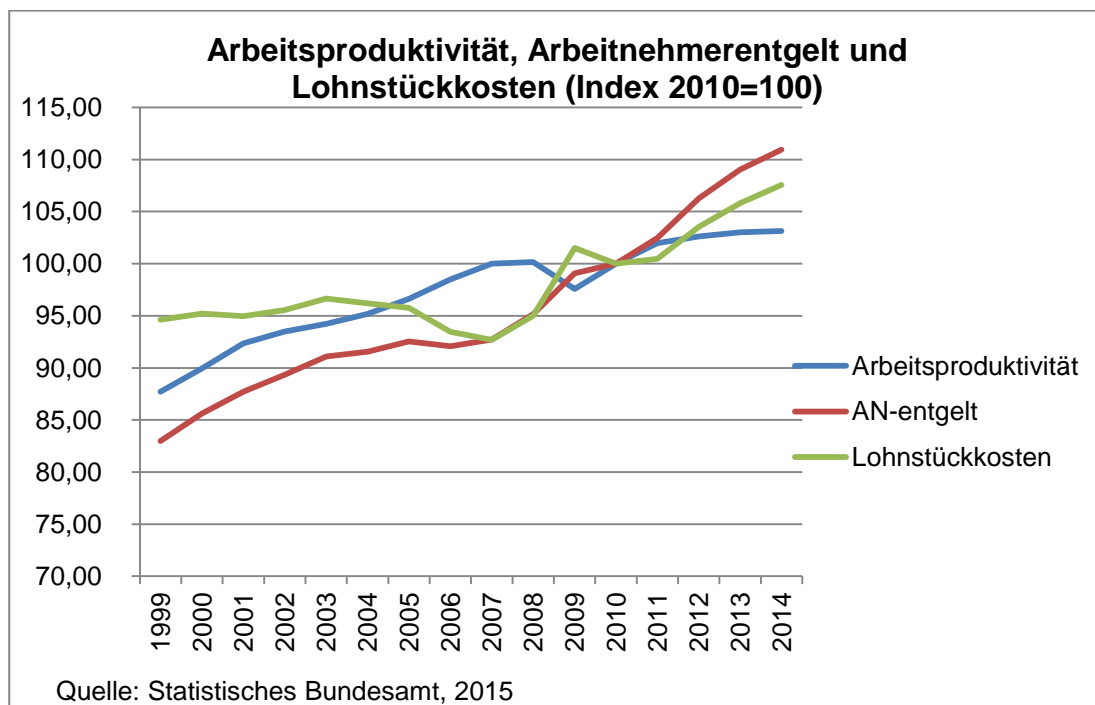


Abbildung 6 Lohnstückkosten steigen in den letzten Jahren rasant an